

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beste Wiesbadener Zeitung

Erscheint 12mal wöchentlich. — Bezugspreis: In Wiesbaden u. bei unseren ausw. Vertretungen monatl. 1.70 M., vierteljährlich 5.10 M. Durch die Post monatlich 1.75 M., vierteljährlich 5.20 M. ohne Postgebühr. Das Beleggeld wird von den Zeitungsträgern und durch die Post besonders erhoben. Einzelnummer 15 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolstr. 11. Fernruf Nr. 5515, 5516, 5517. — Anzeigenpreise für Wiesbaden: Die 42 mm breite Kolonnenzeile 50 Pf., die 30 mm breite Kolonnenzeile 25 Pf.; anderwärts 60 Pf. bezgl. 2 M. Seitenpreise u. Rabatt lt. Tarif. Sonderbeilagen 10 M. pro 1000.

Nummer 54

Montag, 2. Februar 1920.

74. Jahrgang

Die Auslieferungen.

mz. Paris, 2. Febr. (Havas.)

Die Räte der Schnelligkeit sind heute Herrn v. Persner übergeben worden. Dieser vertritt Dr. Mayer, der sich augenblicklich in Deutschland befindet.

mz. Paris, 21. Febr. Das „Echo de Paris“ schreibt: Die deutsche Diplomatie bemüht sich, die hochstehenden Personen der Justiz der Alliierten zu ersuchen; sie seien sich konfliktlos, was die Inhabern anbelangt. Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Paris nahm heute Gelegenheit, den Vertretern Frankreichs, Englands und Italiens auf der Vorkonferenz in Paris, Jules Cambon, Lord Derby und Graf Bonin-Langard, zu erklären, daß er gegen eine derartige Unterstellung namens seiner Regierung keinerlei Einspruch erheben wolle.

mz. Amsterdam, 1. Febr. Nach dem „Algemeen Handelsblad“ meldet „Manchester Guardian“, die Niederlande würden keineswegs aufgefordert werden, den Kaiser zu internieren, sondern man werde Holland zwingen, ihn auszuliefern, aber es sei nicht daran zu denken, daß die Alliierten den Niederlanden den Krieg erklären oder es blockieren würden. — Das Blatt „Telegraph“ meldet aus London: Wie von maßgebender Seite verlautet, sehen die Alliierten die Antwort der niederländischen Regierung auf ihr Ersuchen um Auslieferung des vormaligen Kaisers nicht als endgültig an. Die Frage wird durch die Alliierten, denen es vollkommen ernst damit ist, den Kaiser in die Hände zu bekommen und abzurufen, weiter erörtern.

mz. Paris, 1. Febr. Der „Petit Parisien“ meldet, daß heute früh 7.20 Uhr in Venedig der österreichische Offizierspion Rivin und Louis Raspar, Beamter der deutschen Drucksatzung zu Freiburg i. B., erschossen wurden. Rivin war Beobachter bei den schweren Geschützen, die die Hauptstadt bombardierten. Er zeigte die Einschläge an und berichtete die Schiffe.

Die Krisis an der Adria.

mz. Wien 31. Jan. Der „Wiener Mittag“ meldet aus Belgrad: Gleichzeitig mit der Ablehnung des Ententeultimatums beschloß die serbische Regierung die Mobilisierung weiterer drei Jahrestklassen. Aus den besetzten Gebieten Ungarns wurden zwei Divisionen abgezogen und nach Dalmatien geschickt. Auch aus Kroatien und Agrar wurden alle verfügbaren Truppen abgezogen. Die nationalistische Partei fordert von der Regierung die Verweigerung der Unterzeichnung des Friedensvertrages, solange die Wünsche Südslawiens bezüglich Timok und Baras nicht erfüllt werden.

Rom, 1. Febr. (Havas.) Die „Arenza Stefani“ veröffentlicht folgende Note: Am 27. Jan. fanden in Spalato antitalienische Kundgebungen statt. Italienische Läden wurden geplündert, zwei italienische Gesellschaften ausgeraubt und in dem Pavillon des italienischen Botschafters „Bosnia Amore“ wurde eingeschlagen. Die jugoslawischen Behörden in Spalato haben darauf bei dem italienischen Seekommandanten ihre Entschuldigungen vorgebracht, und das Versprechen gegeben, die Schuldigen zu bestrafen. In Gegenwart derselben Behörden fand auf der „Bosnia“ der „Grub an der Bahne“ statt. Auch gab die Belgrader Regierung dem italienischen Vertreter gegenüber ihren tiefsten Bedauern über diesen Vorfall Ausdruck und versprach gleichfalls strengste Bestrafung der Schuldigen.

mz. Rom, 1. Febr. (Havas.) Eine Note an die Alliierten besagt, daß der italienische Standpunkt in der Adriafrage sich seit der jugoslawischen Antwort nicht geändert habe. Die italienische Regierung beschließt, auf der Durchführung des Londoner Paktes zu bestehen. Die britische Regierung lehne ihre Haltung nicht geändert zu haben, während die Meinung des Kabinetts Milner noch nicht genau feststeht. Die französische Regierung glaube immer noch an eine Verständigung zwischen Rom und Belgrad, und zwar auf der Grundlage der Annexion von Triest ohne Hinterland.

d'Annunzio.

mz. Mailand, 1. Febr. Die Zeitungen verurteilen die neueste Heldentat d'Annunzios, die Gefangennahme des Generals Nigra, aufs schärfste. d'Annunzio droht in seinem Organ, jeden auf die gleiche Weise festzunehmen zu lassen, der sich seinen Unternehmungen widersetze. Die öffentliche Meinung erhebt sich gegen die Regelung dieser Zustände.

Die gemeinsame Not Europas.

mz. Amsterdam, 1. Febr. In einer Unterredung mit dem Berichterstatter des „Daily News“ erklärte v. Swinners von der Deutschen Bank, die deutsche Regierung werde wegen der Ausgabe von Papiergeld notgedrungen, es bleibe ihr jedoch nichts anderes übrig. Die französische Regierung tue genau dasselbe. Seiner Ansicht nach ist Frankreich auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet mehr Papiergeld als in Deutschland. Wenn der gesamte deutsche Kredit erst zusammenbräche, würden auch die anderen Länder Europas dem Zusammenbruch nicht entgehen. Ein Zusammenbruch Deutschlands wäre der Zusammenbruch Frankreichs und ganz Europas.

Amerikas Stellung zum Friedensvertrag.

mz. Washington, 31. Jan.

Der von Taft abgegebene Text des Vorbehalts zum Artikel 10 des Friedensvertrages lautet folgendermaßen:

Die Vereinigten Staaten weigern sich, vertragliche, gesetzliche oder andere Verpflichtungen auf sich zu nehmen oder Garantien einzugehen hinsichtlich der Unversehrtheit des Gebietes eines fremden Staates oder dessen politischer Unabhängigkeit, wie sie im Artikel 10 des Friedensvertrages vorgelesen sind. Sie weigern sich, Verpflichtungen zu unterzeichnen, nach deren Wortlaut die Vereinigten Staaten gehalten wären, zu irgend einem Zweck von ihren Land- und Seestreitkräften Gebrauch zu machen gemäß den Bestimmungen irgend eines Artikels des Friedensvertrages. Jedoch könnte der Monarch, der gemäß der Staatsverfassung allein die Macht dazu hat, in ausnahmeweisen Fällen entsprechende Beschlüsse fassen, wenn dazu Anlaß vorliege. Er könnte den Vereinigten Staaten ihre Haltung vorschreiben, wenn es sich darum handeln würde, die Erfordernisse des Weltfriedens und der Gerechtigkeit zu wahren. Er könnte unter diesen Umständen ihnen ihre Stellungnahme vorschreiben und die daraus sich ergebenden Maßnahmen treffen.

Einsichtige Worte des amerikanischen Schatzsekretärs.

mz. Paris 1. Febr. Wie die Blätter aus Amerika melden, hat der amerikanische Schatzsekretär Glad an den Präsidenten der amerikanischen Handelskammer ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt, daß zur Lösung des Problems der Wiederaufrichtung der Alliierten die von Deutschland geforderte Entschädigungssumme auf eine Billion herabgesetzt werden sollte, die es ihm gestatte, zu leben. Deutschland solle Obligationen in Höhe dieser Summe emittieren. Man müsse ihm Zeit geben zu arbeiten, um die Schulden bezahlen zu können. Diese Art vorgehen würde die Zahlungsfähigkeit Deutschlands erhöhen und das Vertrauen wiederherstellen und auch dem Handel der gesamten Welt neuen Antrieb geben. Die Zahlung von Summen zu verlangen, die unmöglich bezahlt werden könnten, werde zu keinem praktischen Ergebnis führen und Besorgnis hervorrufen.

Amerikas Flottenrüstung.

mz. Washington, 1. Febr. (Havas.) Admiral Tailor, Chef des Schiffbaubüros, gab die Erklärung, daß die Stärke der Flotte der Vereinigten Staaten vom 1. Juli nächsten Jahres ab 940 Einheiten betrage. Die dazu benötigten Ausgaben werden auf 279 Millionen Dollars geschätzt.

Die Rolle der Tschechen in Sibirien.

General Kolischal ermordet?

mz. Paris, 1. Febr. Nach einer drohenden Meldung aus London berückte das amtliche Blatt der Moskauer Regierung „Pravda“, daß der Diktator Kolischal vor einigen Tagen auf den Bajonetten seiner Soldaten aufgespießt worden sei.

Annapolis, 31. Jan. (Funkpruch)

Die Associated Press meldet aus Honolulu, daß Kolischal entkommen ist und sich in der Mandchurie aufhält.

Haga, 1. Febr.

mz. London, 31. Jan. (Havas.) Ein Funkpruch aus Moskau meldet, daß die Tschechen zur Entwaffnung der Armee des Generals Semenov schritten. (Semenov kämpfte ebenfalls gegen die Bolschewiken. Schriftl.)

Warschau, 1. Febr. (Havas.)

Ein Funkentelegramm der Station Moskau meldet aus Charkow unter dem 21. Januar, daß die ukrainischen und die polnischen Truppen zur Sowjetarmee übergetreten sind. Bei Udinsk hat zwischen Japanern und Bolschewiken ein schweres Gefecht stattgefunden. Die Bolschewiken wurden geschlagen und mußten den ganzen Bezirk räumen.

Wiedereröffnung der Eisenbahnwerkstätten.

Die Eisenbahndirektion Frankfurt teilt mit: Die Hauptwerkstatt Nied wird am Dienstag wieder geöffnet. Die achtstündige Arbeitszeit macht eine Nachprüfung der Lage der Werkstatthalte und der übrigen Inbetriebnahme im Zusammenhang mit der Entente erforderlich. Bis dahin muß es bei den bisherigen Sägen und der früheren Arbeitszeit als eine vorübergehende Maßnahme verbleiben. Die Niederwerkstatthalte werden ab 2. Februar wieder eröffnet.

Von der 3000 Mann starken Belegschaft der Königsberger Eisenbahnwerkstätten meldeten sich bis Samstag 2000 Mann zur Aufnahme der Arbeit.

Nach den bisher vorliegenden amtlichen Berichten meldeten sich in allen Eisenbahnwerkstätten, die geschlossen worden waren, zu den neuen Bedingungen Arbeitskräfte in so großer Zahl, daß sämtliche Betriebe in kürzester Zeit die Arbeit wieder voll aufnehmen werden.

Zur Lage unserer Fleischversorgung.

Von Hans Hochrattel, Dezentrat für Tierzucht an der Landwirtschaftskammer in Wiesbaden.

II. (Schluß.) *

Der Landwirt hatte bei dem Mangel jeglicher Rentabilität jedes Interesse verloren, Vieh nachzuzüchten. Er hatte noch nicht einmal ein Interesse, die Abfälle seiner Wirtschaft durch Viehhaltung zu verwerten. Gar mancher Bauer wäre in der Lage gewesen, neben seinem Haushaltungsschwein noch ein anderes für die öffentliche Hand zu mästen, ohne Brotgetreide und Kartoffeln zu verfüttern. Aber welchen Anlaß hatte er hierzu, wenn er für das Ferkel 150—200 M. zu bezahlen hatte, das Schwein aber ein Jahr halten und füttern mußte, und schließlich bei einem Preise von 70 M. pro Ztr. Lebendgewicht, wie er letzte Zeit bestand, für ein 180 Pfund wiegendes Mastschwein 142.20 M. bekam. Grundsätzlich konnte man die Schweinehaltung nicht unterbinden und besser konnte man die Landwirtschaft zum Schlachthandel auch nicht verleiten. Wenn von manchen Seiten und auch von den maßgebenden Reichstellen während des Krieges niedrige Viehpreise deshalb für notwendig gehalten worden sind, um eine für die Fortführung des Krieges notwendige Zufriedenheit der Bevölkerung zu erhalten, so war diese Politik zu verstehen. Mit Abschluß des Krieges fiel dieser Grund aber weg. Die maßgebenden Stellen begründen ihre ablehnende Haltung in der Erhöhung der Schlachtpreise auch damit, daß durch niedrige Preise der Verfallung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die zur menschlichen Ernährung dienen, entgegengetreten werden muß. Diese von Hochschulpromotoren seinerzeit aufgestellte und von der Regierung getreulich befolgte Theorie ist an sich wohl richtig und hat auch die Befütterung von Brotgetreide und Kartoffeln verhindert, aber sie hatte auch zur Folge, daß die Viehhaltung nicht mehr ergänzt werden und die Viehhaltung auf das äußerste eingeschränkt worden ist. Die Haltung der Regierung in der Preispolitik tierischer Produkte war in ihren weiteren Folgen die Hauptursache der bereits heute vielfach einsetzenden volkswirtschaftlich überaus schädlich wirkenden extensiven Bewirtschaftung der Landgüter. Behörden und die Allgemeinheit müssen sich endlich klar werden, daß es mit der einsichtigen Bewirtschaftung und Erhaltung der tierischen Produkte nicht getan ist. Was nützt dem Verbraucher ein künstlich niedriger Fleischpreis, wenn er bei diesem doch nichts erhält. Reich und Kommunen sind bemüht, für das ausfallende Inlandsfleisch ausländischen Speck zu kaufen und zahlen dafür bereitwillig und notgedrungen das Vielfache der Inlandspreise. Die deutsche Landwirtschaft verlangt bei weitem nicht diese Auslandspreise und der deutsche Verbraucher wäre froh, statt des ausländischen Speckes gutes deutsches Schweinefleisch bekommen zu können. In erster Linie ist es notwendig, die Erzeugung im eigenen Lande wieder zu fördern. Man gebe dem Viehhalter den Erzeugungsanreiz entsprechende Preise. Man verlasse, aus dem Ausland statt Luxusartikel einheimische Kraftfuttermittel einzuführen. Man fördere vor allen Dingen den inländischen Futterbau. Gerade die zuletzt erwähnte Forderung verlangt besondere Beachtung. Unsere Kraftfuttermittelversorgung aus dem Ausland wird auf Jahre hinaus wegen Geld- und Schiffraummanagements nur ein Bruchteil derjenigen vor dem Kriege sein können und es muß nach Erfah in dem Inlande gesucht werden. Dieser ist aber auch gegeben, wenn es nur gelingen wollte, die nötigen Mengen künstlicher Düngemittel, vor allem Stickstoff- und Phosphorsäureerzeugnisse, herzustellen. Können wir unseren Weizen und Weizenpflanzen Nährstoffe in genügenden Mengen geben, können wir die Ernten unserer einheimischen Futtermittel durch entsprechende Stickstoffgaben sichern und erhöhen, dann wird es auch möglich sein, den Ausfall der Einfuhr durch vermehrte Inlandsproduktion zum größten Teil auszugleichen. Jeder Zentner Kohlen, der durch vermehrte Förderung für die Stickstoffabrikation frei wird, ist Baumaterial zum Wiederaufbau einer besseren Lebenshaltung.

Im nächsten könnte die Fleisch- und Fettversorgung verbessert werden durch eine vermehrte Schweinehaltung. Das Schwein vermehrt sich rasch und nimmt bei entsprechender Fütterung rasch an Gewicht zu. Würden sich die maßgebenden Stellen herablassen, die gesamte Bewirtschaftung der Schweine und des Schweinefleisches frei zu geben, und den Mästern Futtermittel zu beschaffen, dann wäre infolge der Einschränkung der vermehrten Produktion die Fleischfrage in verhältnismäßig kurzer Zeit gelöst und die deutsche Rindviehzucht könnte weiter gefördert werden und sich wieder erholen. Zweifellos würde mit der Freigabe ein Dinaufschlagen der Schweinefleischpreise eintreten. Aber über diesen Wall von hohen Preisen müssen wir beim Übergang von der Zwangswirtschaft zur freien Wirtschaft immer hinwegschreiten. Mit dem Eintritt größeren Angebots gehen die Preise von selbst wieder zurück. Die öffentliche Fleischversorgung könnte dabei auch so geregelt werden, daß von einem bestimmten Zeitpunkt (vielleicht 1. Nov. 1920, da erst zu diesem Zeitpunkt eine heute ausgesprochene Freigabe eine Wirkung haben würde) ab nur noch die mindere

* Vergl. Nr. 47 der „Wiesb. Ztg.“

Bestimmte Bevölkerung mit einem bestimmten Mindesteinkommen durch die öffentliche Hand mit noch unter Wirtschaftung stehendem Mindestlohn besteuert wird. Dadurch wäre es möglich, die vorübergehend hohen Kosten des Schweinefleischs auf die besteuerten Einkommen abzuwälzen. Die Reichsregierung sieht bislang einer Freigabe des Schweinefleischs ablehnend gegenüber, weil sie gerade hier befürchtet, daß dann wieder Kartoffeln und Brotgetreide veräußert würden. Diese Befürchtungen mögen berechtigt sein, sie können aber nicht für alle Zeit Geltung haben, denn sonst würde es nie gelingen, das Wirtschaftsleben im Inlande jemals wieder in Gang zu bringen. Die Einfuhr von Getreide muß so wie so stattfinden und ist volkswirtschaftlich auch eher noch berechtigt als die Einfuhr fertiger tierischer Produkte. Die Produktion von Kartoffeln kann bei entsprechenden Maßnahmen ebenfalls so gefördert werden, daß genügend Futterkartoffeln zur Verfügung stehen. Da man sich zur vollständigen Freigabe der Schweine noch nicht entschließen kann, soll ein Mittelweg zwischen dieser und der bisherige Zwangswirtschaft eingeschlagen werden. Es ist den Reichsstellen gelungen, für die Schweinemast geeignetes Kraftfutter aus dem Ausland zu kaufen. Mit diesem Futter, mit Rüben und Wirtschaftsfäkalien soll versucht werden, auf genossenschaftlicher Grundlage die Schweinemast wieder aufzubauen. Die Preise für Schlachttiere werden erheblich erhöht werden. Die Schweinehalter sollten sich, soweit dies nicht schon geschehen ist, zu Genossenschaften, die Genossenschaften bezirks- oder provinzweise zu Verbänden zusammenschließen. Diese Organisationen stellen Lieferungsverträge dar und werden die Versorgung der Großstädte und Bedarfsgebiete mit Schweinefleisch auf Grund von Lieferungsverträgen, allerdings jetzt noch unter Aufsicht der Behörden, übernehmen. Wenn den Schweinehaltungs-genossenschaften durch verkäufliches Entgegenkommen der Städte in der Preisfrage die Möglichkeit der Mast in beschränktem Umfang gegeben wird, dann kann diese Einrichtung sehr gute Erfolge bringen. Von größter Bedeutung kann diese Frage auch für unsere Großstädte Frankfurt und Wiesbaden werden, denn Nassau mit seinem ausgedehnten Kleinbesitz ist wie kein anderes Land für die Schweinehaltung geeignet und bei entsprechendem Ausbau der Organisation auch sehr wohl in der Lage, diese beiden Bedarfszentren ausreichend mit Schweinefleisch zu versorgen, besonders dann, wenn dem Mäster später wieder ausreichendes Futtermittel aus der eigenen Landwirtschaft belassen werden können. Diese Art der Fleischversorgung erfüllt eine von der Landwirtschaft längst gestellte Forderung auch insofern, als die Erhaltung der Schlachttiere ganz dem Erzeuger überlassen wird. An die Stelle der Behörde tritt die Genossenschaft, die staatliche Zwangswirtschaft macht der Selbstverwaltung Platz. Damit ist ein Anfang in der Verbesserung der Erfassungsmethode gemacht. Wichtiger als dies ist und bleibt aber die Förderung der Erzeugung. Der Industriearbeiter, der Kaufmann, der Gewerbetreibende — die Gesamtheit der Verbraucher muß, wenn sie nicht selbst Schaden erleiden will, zu der Erkenntnis kommen, daß heute noch mehr wie früher die Landwirtschaft und in ihr vor allem die landwirtschaftliche Viehhaltung, das Rückgrat der deutschen Volkswirtschaft ist und daß alle Maßnahmen, die zur Förderung der heimischen Landwirtschaft getroffen werden, auch in erster Linie den Interessen der Verbraucher dienen.

Frankösisches Kammer.

Verfassungsvertrag für Millerand.

Paris, 30. Jan. (Havas.)

Die Kammer behandelte, nachdem der Finanzminister sich bereit erklärt hatte, am kommenden Freitag die Interpellation über den Niedergang des Frankreichs zu beantworten, die Interpellationen der Abgeordneten Xavier Maginot und Gerard über die allgemeine Politik der Regierung und über die Zusammensetzung des Kabinetts Millerand. Der erste Redner wollte wissen, ob die Regierung die Gerechtigkeit nach innen und nach außen

realisieren wolle und ob auch die Schuldigen und Verursacher bestraft würden und sprach seine Verwunderung darüber aus, daß Sergeant Mitglied des Kabinetts sei und daß ein Politiker wie Steeg ihm angehöre.

Gerard wollte Aufklärung über die Finanzwirtschaft und die Außenpolitik des Kabinetts, und fragte an, ob das Parlament nicht die nötigen Sachverständigen bestimme, die die Verantwortlichkeit für die Ministerien übernehmen könnten.

Ministerpräsident Millerand erklärte, es genüge nicht, eine arbeitsfähige Kammer zu haben; man müsse auch eine Regierung mit einer unantastbaren Autorität besitzen. Die Kammer müsse sagen, ob sie Vertrauen zur Regierung habe, deren Präsident er sei. Die Strafverfolgungen, die vom ehemaligen Kabinettsmitglied eingeleitet worden seien, würden aufrechterhalten. Man werfe ihm vor, die Minister nicht nach der Bedeutung der einzelnen Gruppen ausgewählt zu haben. Er habe absichtlich keine Rücksicht auf die Gruppen genommen, er habe eine neue Methode angewendet und Portefeuilles Sachverständigen anvertraut, selbst wenn sie außerhalb des Parlamentes ständen. Er habe Mitarbeiter ausgesucht, die ihrer Aufgabe gewachsen seien und sich völlig ihrer Aufgabe hingeben wollten. Wenn die Kammer kein Vertrauen zum Kabinetts habe, so müsse sie es sagen. Der Mißbrauch mit Interpellationen bedeute eine Gefahr. Die Zusammenarbeit des Parlamentes und der Regierung müsse sich hauptsächlich in den Ausschüssen geltend machen. Der Kommission für auswärtige Angelegenheiten stehe er zur Verfügung. Was die finanzielle und wirtschaftliche Wiederaufbauung des Landes betreffe, so werde sich die Regierung mit Frankreichs Ministern in Verbindung setzen. Die Regierung sei entschlossen, alle Klauseln des Friedensvertrages von Versailles auszuführen zu lassen, das heißt von Deutschland zu verlangen, daß es alle seine Verpflichtungen erfülle. (Beifall.) Millerand sprach sich dann über die Solidarität von Kapital und Arbeit aus und endete mit einem warmen Appell an die Einheit aller Franzosen. Diese Einheit müsse erhalten bleiben. Er habe diese Politik in Elsass, Lothringen in die Praxis umgesetzt und sei überzeugt, daß sie für ganz Frankreich gut sei. Das sei seine Politik, und die Kammer müsse es klar zum Ausdruck bringen, daß es auch die ihrige sei.

Eine Tagesordnung Durant, die erklärt, die Kammer nehme Kenntnis von der Erklärung der Regierung und habe Vertrauen zu ihr, wurde mit 510 gegen 70 Stimmen bei 580 Abstimmen angenommen. Die Interpellationen über die Außenpolitik wurden auf kommenden Donnerstag vertagt. — Nächste Sitzung Dienstag.

Die Heimkehr.

Frankfurt a. M., 31. Jan. Aus den Durchgangslagern Worms, Mannheim und Rahat trafen vom Samstag Nachmittag bis abends 10 Uhr in sechs Sonderzügen nahezu 3000 Kriegsgefangene im hiesigen Hauptbahnhof ein. Nach reichlicher Bewirtung reisten die meisten der Heimkehrer in Sonderzügen nach Kassel, Berlin und Weisbaden weiter. Unter den Heimkehrern befanden sich auch zahlreiche Leute aus Frankfurt und seiner näheren Umgebung.

Wiesbaden, 31. Jan. Um 3 Uhr lief bei regnerischem und kühnem Wetter der Dampfer „Anlaia“ mit dem Rest der aus England heimgekehrten Mannschaften ein. Der Chef der Admiralität, v. Trotha, begrüßte die Heimkehrer. Nach den Aussagen der heimgekehrten Offiziere haben die Engländer drei Allseeroffiziere und einen Unterseebootkommandanten zurückgehalten.

Ein Urteil im Zusammenhang mit dem Fall Röschling.

Havas meldet aus Amiens: Das Kriegsgericht von Amiens verurteilte den luxemburgischen Ingenieur Emil Rauter zu 5 Jahren Zwangsarbeit, weil er während des Krieges ein französisches Werk zu Gunsten der kaiserlich durch den selben Gerichtshof verurteilten Gebrüder Röschling ausbeutete.

derselben Stelle wie im Januar. Am 28. kommt er in Gegenstellung mit der Sonne und ist dann der Erde am nächsten, aber seine Entfernung von uns beträgt noch immer das Doppelte der Jupiterentfernung und das Zehnfache der Sonnenweite. Auch mit den besten Fernrohren sind weder seine Ringe noch einer seiner zehn Monde zu sehen.

Anfangs Februar um Mitternacht, Ende desselben um etwa 10 Uhr abends geht der rote Planet Mars auf. Er steht im Sternbild der Jungfrau und erreicht erst gegen Morgen den höchsten Punkt in seinem Tageskreis im Süden.

Venus ist noch Morgenstern und reichlich sichtbar (von West nach Ost) in den Sternbildern Schütze und Steinbock. In der Nähe der schwachen, abnehmenden Mondichel finden wir sie am 17. Februar.

Der Fixsternhimmel bringt uns im Februar die schönsten und interessantesten Gestirne und Sternbilder über dem Horizont. In der Südnordlinie treffen wir anfangs Februar um 10 Uhr, Mitte um 9 Uhr und Ende um 8 Uhr abends tief im Süden den Großen Hund mit dem Stern erster Größe Sirius, dem hellsten Fixstern des ganzen Himmels, der bei klarer Luft in allen Regenbogenfarben strahlt. Anfangs Februar geht er um 6½ Uhr abends auf und um 1¼ Uhr nachts unter, während er seinen höchsten Punkt im Süden um 10 Uhr abends erreicht. Ende Februar ereignen sich diese drei Vorgänge um 4¼ Uhr abends, 11¼ Uhr nachts und 8 Uhr abends (M.-G. Z.) Sirius ist eine Sonne wie die unserer und viel heller auch mit einer Anzahl von Planeten, Kometen und Sternhaufenschwärmen umgeben, von denen wir aber nur einen einzigen Himmelskörper kennen, den sogenannten Strinsbegleiter. Er umläuft den Sirius in 49 Jahren, hat etwa die Hälfte seiner Masse und eine mittlere Entfernung von 5600 Millionen Kilometern vom Hauptstern. An Helligkeit übertrifft Sirius seinen Begleiter um das Fünffache und unsere Sonne um das Vierfache. Die Entfernung dieses hellen Fixsterns von uns beträgt etwa das 10000fache der Entfernung von der Erde zur Sonne, die selbst 150 Millionen Kilometer groß ist, und sein Licht braucht 17 Jahre, bis es zu uns gelangt. — Weiter dem Großen erhebt sich der Kleine Hund mit dem hellen Fixstern erster Größe Prokyon und rechts davon erblickt wir den Orion, dessen äußerster

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 2. Februar.

Die mitteleuropäische Zeit.

Dz. Die für gestern für das besetzte Gebiet vorgesehene Rückkehr zur mitteleuropäischen Zeit ist selbst im bürgerlichen Leben nicht einheitlich zur Durchführung gelangt. Im hiesigen Bereich, sowie in der Pfalz ist die Uebertragung zwar in Kraft getreten, aber für den Bereich der britischen Besatzungsarmee bleibt es, den Kölner Blättern zufolge, auf Anordnung der Besatzungsarmee bei der westeuropäischen Zeit. Wie aus Saarbrücken gemeldet wird, hat die Anweisung auf Rückkehr zur mitteleuropäischen Zeit für das Saarland gleichfalls keine Gültigkeit. Im Eisenbahnverkehr bleibt es zudem im ganzen besetzten Gebiet bei der bisherigen Zeit. Nach einer Verkaufbarung der Eisenbahndirektion Ludwigsbahn werden auch keine Zugverschiebungen zur Anpassung an die bürgerliche Zeit vorgenommen, sondern erst mit Einführung der westeuropäischen Sommerzeit (heutige mitteleuropäische Zeit) im Eisenbahnverkehr, die in Wäldern zu erwarten sei.

Der Februar (Februarius mensis) leitet seinen Namen von dem römischen Gott Februus her, dem man als Jährlich in diesem Monat Reinigungs- und Sühnopfer darzubringen pflegte. Die altrömische Zeitrechnung kannte den Monat Februar überhaupt nicht und erst Numa Pompilius führte ihn ein, reichte ihn aber dem Dezember an. Im Jahre 450 v. Chr. rückte der Februar dann an zweite Stelle. Der deutsche Name für Februar ist Hornung (Horn bedeutet sowohl wie Schmutz, nach andern die Zeit der „hornharten Kälte“ und des „Hörneus“ beim Wäldern, doch findet man hier und da auch die Bezeichnung Hornung, Hornig, Hornachtsmonat und Lichtmonat.

Kohlenhörspreise. Im Angehehen dieser Ausgabe erscheint eine neue Magistratsverordnung über die rückwirkend vom 15. Jan. d. J. ab geltenden Kohlenpreise. Für die Kohlenhändler sind, und zwar mit Wirkung schon vom 1. Januar d. J. ab, durch die Kohlenhandelskette die Einkaufspreise wesentlich erhöht worden. Infolgedessen mußten durch Magistratsbeschluss auch die Verkaufspreise der Kohlenhändler an ihre Kunden entsprechend erhöht werden. Dem Magistratsbeschluss ging außerdem eine eingehende Prüfung der Unterlagen der Kohlenhändler durch die Stadt, Preisprüfstelle voran. Wegen der Einzelheiten verweisen wir auf die Magistratsverordnung.

Kaufmännische Lehrgänge. Die von der Betriebsgemeinschaft kaufmännischer Verbände eingerichteten Lehrgänge haben ihren Anfang genommen. Zu dem Lehrgang „Bank- und Wechselwesen“, welcher besonders die Bankbeamten interessiert, sind erfreulicherweise zahlreiche Anmeldungen eingegangen. Mit Rücksicht darauf, daß die Angehörigen der Banken zur Zeit sehr stark beschäftigt sind, ist der Beginn dieses Lehrgangs auf Anfang März verlegt worden. Bis dahin werden zu diesem Kursus noch weitere Anmeldungen in der Geschäftsstelle der B. K. B., Sedanplatz 3, I. Et., entgegengenommen.

Mietervorderungen. Etwa 150 Delegierte preussischer Mietervereine trafen vorige Woche in Berlin zu einem Kongress zusammen, der die dritte Durchführung der Höchstrentenverordnung für Mieten fordert und für die Einführung eines gesetzlich übertragbaren Vorkaufsrechtes für die Mieter eintreten soll. Ferner erklärten die Mieterverbände, die der Mietezeitung von der Regierung zugesicherte Vertretung im Reichswirtschaftsrat durch einen Vertreter für unbefriedigend und forderten für die Mietezeitung mindestens fünf Sitze im Reichswirtschaftsrat.

Schwerhörigenfürsorge. In den letzten Jahren zieht die Bewegung zugunsten der Schwerhörigen immer weitere Kreise und läßt hoffen, daß immer bessere Mittel und Wege gefunden werden, die den durch dieses Gebrechen mehr Behinderten, als man gewöhnlich annimmt, Hilfe und Erleichterung verschaffen. Da ist es zu begrüßen, daß sich im vergangenen Jahr 3 Vereine zu gemeinsamer Arbeit verbunden haben. Der „Bund der Schwerhörigenvereine, gen. Deapha“, der „Schwerhörigenvereine“ und die „Arbeitsgemeinschaft der sächsischen Schwerhörigenvereine“. Es dürfte interessieren, daß die Gründerin des 1. Vereins, Frä. M. von Wilsleben, hier in Wiesbaden die Vorarbeiten dazu begann, indem sie, selbst von Jugend an schwerhörig, ein Wäldchen zum Trost und Mut ihrer Leidensgenossen suchte, dem sie den Titel „Deapha“ gab nach dem Evang. von der Heilung der Taubstummen Marc. 7, 31. Einen wichtigen Be-

Der Himmel im Monat Februar.

„Nun ist gebrochen des Winters Nacht.

Nun werden die Tage länger.

Ah ja, wir feuerten in finsterner Nacht

Und horchten hänger und länger.

Die Sonne steigt. Nun schweigen die Klagen,

Nun fängt es an zu tagen — zu tagen.“

Im Laufe des Monats Februar sieht man es schon, daß die Nacht des Winters gebrochen ist und daß sich die Erde auf ihrem Jahresreigen um die Sonne der Frühlingstellung nähert. Hier und da spricht an geschützten, sonnigen Stellen schon junges Grün, die Knospen vieler Bäume und Sträucher fangen an zu quellen, und hin und wieder hört man schon einige Vogelstimmen erschallen. Das Licht steigt über die Finsternis, und neue Hoffnung zieht ein in die Herzen der Trauernden und Verzögten.

Wenn wir jetzt anfangs Februar bei klarem Himmel zwischen 6 und 7 Uhr abends unseren Blick nach Osten richten, so bemerken wir sofort den Planeten Jupiter, den wir an seiner bedeutenden Helligkeit und an seinem gelben, ruhigen Licht leicht von den Fixsternen unterscheiden können. Er steht noch westlich von dem Sternbild des Störns und geht in langsamer, rückläufiger Bewegung auf den Krebs zu. Am 3. Februar morgens 7 Uhr (M.-G. Z.) steht er von der Erde aus gerechnet, der Sonne gegenüber und ist dann der Erde am nächsten. Da sein scheinbarer Durchmesser um diese Zeit am größten ist, so bilden die Monate Januar und Februar die günstigste Zeit zur Beobachtung mit dem Fernrohr, besonders zur Untersuchung seiner Oberflüche. Den Besitzern von guten Prismengläsern sei die Beobachtung seiner vier großen Monde empfohlen. Jupiter ist der größte Planet unseres Systems, denn sein Durchmesser übertrifft den Erddurchmesser fast um das Zwölffache, und nur deshalb erscheint dieser Riese nicht größer als die anderen Planeten, weil seine Entfernung von uns dreieinhalbmal so groß als Mars und fünfmal so groß als die Sonne oder Venus zur Zeit des größten Glanzes ist. Er bewegt sich in einem geraden Bogen von Ost nach West über unserem Horizont und erreicht um Mitternacht einen hohen Stand in der Südnordlinie.

Etwa zwei Stunden später ist in diese Höhe der Planet Saturn emporgestiegen. Er steht im Löwen fast noch an

Stern links oben, die rote Betelgeuze mit Sirius und Prokyon ein gleichseitiges Dreieck auf der Spitze bildet. Doch in der Südnordlinie treffen wir um diese Stunden die Zwillinge mit den beiden hellen Sternen Rastor und Pollux. Doch über uns hat der Fuhrmann mit der hellen, gelben Kapella die Südnordlinie schon überschritten.

Im Bereich der Milchstraße, die auf der westlichen Himmelskante von Süd nach Nord zieht, finden wir von Süden nach Norden die Sternbilder Großer und Kleiner Hund, Fuhrmann, Perseus, Kassiopeia und Schwan.

Infolge der um 9½ Grad höher steigenden Sonne nimmt die Tageslänge im Februar um 1¼ Stunden zu; denn sie beträgt anfangs Februar etwa 9 und Ende desselben 10¼ Stunden.

Kleine Mitteilungen.

Edgars Hiel's „Endlich“. Aus Schwerin i. M. wird uns geschrieben: Die Uraufführung einer neuen Oper von Ihrem Landsmann Edgar Hiel war ein Ereignis, das zahlreiche auswärtige Gäste in unser Landestheater führte. Der Dichterkomponist Hiel hat, wie bekannt, vor einigen Monaten in Vera mit zwei neuen Opern einen starken Erfolg errungen. Sein neuestes Werk „Endlich“ zeigt die burlesk-romantische Färbung beliebter Schöpfungen von Richard Strauß und D'Albert; es unterscheidet sich aber von diesen durch seine Einfachheit und Harmlosigkeit: Eigenschaften, die an sich keine Schwächen bedeuten, die aber ungünstig hervortreten, wenn die Erwartungen allzu hoch gespannt sind und wenn der musikalische Scherz — als solcher charakterisiert sich die Oper „Endlich“ — im Gefolge einer größeren Oper gegeben wird. Das war nun hier in der Premiere der Fall und beeinträchtigte ein wenig die Wirkung. Als Handlung liegt der musikalischen Einleitung ein guter Einfall und wirklich lustiger Scherz zu Grunde. Auf seiner Hochzeitsreise wird ein neuvermähltes junges Paar infolge eines Mißverständnisses für Selbstmordstundanten gehalten; es kann deshalb nicht zur Ruhe kommen, bis „Endlich“ die Irrungen sich in Wohlgefallen auflösen. Hiel hat den Text mit wirklicher Tonmalerei ausgestattet; er zeigt sich auch hier wieder als ein Künstler in Erfindung und Instrumentation. Das Publikum nahm die Neuheit sehr beifällig auf und rief den Verfasser mehrmals vor den Vorhang.

